

Bericht aus dem Bundeshaus



Frühjahrs-Session 2005

Eine neue Ratspräsidentin, Nationalbankgold, Kinderzulagen, Hickhack um das Rüstungsprogramm und immer wieder Ringen um ethische Positionen – das sind die wesentlichen Eindrücke einer Frühjahrsession, die im tiefen Winter begann und Hoffnungen auf den Frühling weckte. Die lange Liste parlamentarischer Initiativen und Vorstösse wurde wieder nur zum kleinen Teil abgearbeitet.

Mit stehenden Ovationen wird Jean-Philippe Maitre bedacht, nachdem er aus gesundheitlichen Gründen seinen Platz als Nationalratspräsident geräumt hat. Er brauche seine Energie für den Kampf gegen die Krankheit und könne den Anforderungen an sein Amt nicht genügen. Damit beweist er Grösse und das staatsmännische Format, welches ich ihm zubillige, seit wir zusammen in der Wirtschaftskommission sassen. Die Schweiz verdanke einen wesentlichen Teil ihres Lebensstandards der Fähigkeit, mit anderen Staaten zusammenzuarbeiten, sagt er. Er spielt damit auf die populistische Rechte an. Verfehlter Stolz stehe im Widerspruch zu gesundem Patriotismus und sei Ausdruck von Angst, sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen. Aus dem Mund eines Schwerkranken haben solche Worte ein besonderes Gewicht. Ich wünsche Jean-Philippe Maitre von Herzen baldige und völlige Genesung.



Seine Nachfolgerin wird von der CVP-Fraktion vorgeschlagen. Es ist wieder eine Vertreterin der Romandie: Thérèse Meyer, ehemalige Stadtpräsidentin von Estavayer-le-Lac. Die gläubige Katholikin wird genau am Tag der Frau gewählt. Mit einer weissen Rose erweist sie den Frauen im Rat und ihrer Heimatgemeinde die Referenz.

Schienennetz: Rechthaberei, aber die Vernunft siegt

Eine Kapazitätsanalyse der Nord-Süd-Achse im schweizerischen Schienennetz löst eine heftige Debatte über die NEAT-Investitionen aus. Sie wird aber beschlossen. 15 Millionen Franken werden zur Trasseesicherung für die zurückgestellten NEAT-Strecken genehmigt. Der Ständerat korrigiert die Vorlage für die Hochgeschwindigkeitsanschlüsse, bestätigt aber, dass diese für unser Land und seine Regionen wichtig sind.

Liebe Freunde

Nicht nur Fleissleistung ist in der Politik gefragt. Vieles läuft über die Personen. Die Beziehung (nicht Vitamin B im negativen Sinne, sondern das Vertrauen und die Glaubwürdigkeit der Akteure) entscheidet oft darüber, ob ein Anliegen unterstützt wird oder nicht.

Glaubwürdigkeit ist das Resultat von Werten, die wir nicht nur vertreten, sondern vorleben. Immer lauter wird der Ruf nach Werten für unsere Gesellschaft und den Staat. "Diese Frage nach Werten ist Eure Chance", sagte mir am ersten Sessionstag ein Blick-Redaktor. Die EVP liege richtig und werde an Bedeutung gewinnen. Ihm und anderen vertraute ich an, dass mich schon länger der Gedanke an eine nationale Werte-Kampagne leitet. Schliesslich reichte ich ein Postulat für eine Werte-Diskussion ein. Das wärs doch, wenn sich unsere Gesellschaft auf die tragenden Werte des Christentums zurückbesinnen würde!

Es bleibt also wieder die Beziehung – zu Menschen, die diese Werte achten und multiplizieren können. An Begegnungen fehlte es auch in dieser Session nicht. Sie bereicherten mich. Ich wünsche mir, dass auf allen wichtigen Staatsebenen Christen als kompetente Personen (an-)erkannt werden. Dann bekommen unsere Werte Gewicht!

Einladungen

Begegnungen jeder Art erlauben mir Kontakte und "Weiterbildung":

Erste Woche:

- Traditionelles EVP-Mittagessen mit dem Generalsekretär Joel Blunier und Fraktionssekretär Hans Schwarz. Diesmal sind auch Grossratspräsident Heinz Dätwyler und die GR-Fraktionspräsidentin Marianne Streiff dabei. Marianne ist meine Ersatzperson auf der Nationalratsliste.
- Mittagessen mit Schweiz Tourismus (perfekte Präsentation der Verbände und Vorträge über aktuelle Anliegen)
- Genfer Privatbankiers (Nachtessen mit Vorträgen über Regulierungen)

Zweite Woche:

- Schweiz-Baltikum (Nachtessen mit prominenten Vertreter/innen aus Estland, Lettland und Litauen)
- 150 Jahre ETH Zürich. Erste Einladung an das Parlament. Die ganze ETH-Leitung ist anwesend. Infos über Bedeutung und Zukunft der ETH im internationalen Wettbewerb.
- Spezieller Besuch: Wie bekommt das Christentum wieder Bedeutung in unserer Gesellschaft? Sicher durch Glaubwürdigkeit, aber auch durch Kompetenz. Eine Fakultät? Eine Uni? Ein Expertennetzwerk? Wo anfangen?
- JMEM-Studentengruppe aus Wiler: angeregtes Gespräch mit Christen, die Mitverantwortung spüren.
- ZV und Kadertag EVP Schweiz: Freitag und Samstag gehören der EVP Schweiz. Super Impulse von innen (engagierte EVP-Mitglieder) und aussen (Experten). Welches sind die künftigen Anliegen für unsere Partei, welche Werte vertreten wir, wie setzen wir das um, wie kommen wir an? Es gibt viel zu verarbeiten!

Dritte Woche:

- Die Mitgliederversammlung von BerneBilingue befasst sich mit der sprachlichen Früherziehung.
- Litra: Der Informationsdienst des öffentlichen Verkehrs lädt zum Mittagessen. Thema: Bahnliberalisierung EU
- Gruppe Luftfahrt: Mit dem Direktor Unique am Tisch. Luftfahrtbericht und Swiss-Verkauf sind die Themen.
- Eine neue parlamentarische Gruppe Osteuropa formiert sich. Bulgarien und Rumänien stellen sich vor.
- Kerngruppe Feuerwehr: An der Mittagssitzung bekomme ich Unterstützung für meinen Zivilschutz-Vorstoss.



Wirtschaftsgeschäfte

Mit 115:34 Stimmen wird die Revision des **Börsengesetzes** gutgeheissen, durch welche die internationale Rechtshilfe bei Börsendelikten vereinfacht werden soll. Die Neuregelung des **GmbH-Rechts** und Bestimmungen über die **Transparenz von Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen** werden zwar den Wünschen der Wirtschaft gerecht, nicht aber den Emotionen im Volk. Bundesrat Blocher verkündet: "Die Aufgabe des Staates ist es, Eigentum zu schützen!" Na ja, aber auch das des kleinen Mannes! Ich halte das Resultat für bedauerlich. "Das Ergebnis ist eine weltweit einmalige Lösung, die an Lächerlichkeit grenzt" (Dirk Schütz, Chefredaktor "Cash"). Geht das Abzocken weiter? Die Differenzen betreffend das neue **Zollgesetz** sind bereinigt, diejenigen im Gesetz gegen die **Schwarzarbeit** noch nicht (SVP, FDP und Teile der CVP drücken Schlupflöcher durch). Der **Aussenwirtschaftsbericht** des Bundesrates löst eine heftige Debatte aus. Die **Exportrisikogarantie** wird neu auch auf Privatfirmen ausgedehnt. Plötzlich fordert die Wirtschaft mehr Staat! Mit einigem Unbehagen tritt der Ständerat auf das **Entlastungspaket 04** ein. Müssen alle Kröten geschluckt werden? Die Vorlage kommt jetzt in eine Spezialkommission des NR.

Leistungen für die Familie

Unsere Fraktion ist sich einig: Gezielte Förderung der Familie gehört zu den besten Investitionen. Beim Wie und Wieviel trennen sich die Meinungen von EVP und EDU. Dem vorgeschlagenen Systemwechsel mit dem Grundsatz "Ein Kind = eine Zulage" stimmen beide zu. Eine neue Giesskannenlösung wollen wir nicht, dafür eine Kaufkraftkorrektur bei Auszahlung ins Ausland und einen administrativ einfachen Vollzug. Für die Fraktion sagt Markus Wäfler (EDU): "Kinder sind eine AAA-Investition!"



Silvan Wegmann, Aargauer Zeitung 16.3.05

Der Grundsatzbeschluss des Nationalrats, dass die Kinderzulagen in der ganzen Schweiz mindestens 200 bzw. 250 Franken betragen sollen, kommt dank den drei EVP-Nationalräten mit 95:93 Stimmen zustande. Dass es endlich ein Schrittchen weiter geht, ist sicher der Volksinitiative "Für faire Kinderzulagen" zu verdanken. Die EVP-Vertreter stimmen auch dieser Initiative zu. Sie soll solange aufrecht erhalten bleiben, bis die Gesetzesrevision unter Dach und Fach ist.

Goldreserven – einzig richtige Verwendung: Schuldentilgung!

Trotz massiv aufgefahretem Geschütz reicht es SP und SVP nicht, den verfassungsrechtlich festgelegten Schlüssel für die Verteilung der Erlöse aus dem Verkauf des überschüssigen Nationalbankgoldes zu knacken. Die Verwendung des Bundesanteils (7 Milliarden) wird zu weiteren Diskussionen Anlass geben.



Moderne Armeen sind kleiner, aber mobiler. Geniepanzer und Transportflugzeug sind zur Erfüllung des Armeeleitbilds XXI und der darin erteilten Aufträge nötig. Das Schweizer Volk hat der Armee XXI im Mai 2003 mit 76prozentiger Mehrheit zugestimmt und damit nicht nur friedenssichernde Einsätze, sondern auch die Bewaffnung zum Selbstschutz gutgeheissen.

Tragödie einer Regierungspartei

Man mag seine Vorstellungen über Prioritäten in der Rüstungsbeschaffung haben. Aber irgendwann müsste man der Verfassung, dem Gesetz und der klaren Mehrheitsmeinung des Ständerats Achtung zollen. Sie erinnern sich an die Inserate mit den Kriegsgräbern. Inzwischen ist die SVP so weit, dass sie auch die Kernkompetenzen der Armee aufs Spiel setzt, um ihr Nein zu den Auslandseinsätzen der Armee zu manifestieren. Obwohl alle vorgetragenen Argumente sachlich entkräftet wurden, fährt die SVP geradeaus in die Arme der Armeeabschaffer. AUNS-Leute und die SVP-Spitze setzen den Verteidigungsminister unter Druck, die zwei Transportflugzeuge aus dem Rüstungsprogramm zu streichen – und das mitten im Differenzbereinigungsverfahren. Die beiden EDU-Nationalräte schliessen sich der SVP-Meinung an (gegen Auslandseinsätze), wir drei EVP-Leute sehen ein, dass der Bedarf für jederzeit einsatzfähige autonome Lufttransportkapazität gegeben ist (Katastrophen im In- und Ausland), Evakuationen von Landsleuten in Krisenregionen, Displacements in der Friedensförderung, humanitäre Einsätze...).

SiK 14. März: Nach fadenscheiniger Argumentation halte ich den SVP-Kollegen den Spiegel vor: "Macht so weiter. Schlagt Euch zu den Armeeabschaffern. Legt Eurem Bundesrat (zur Zeit sogar Bundespräsident) ständig Steine in den Weg. So werdet Ihr nicht nur Regierungsratsmandate, sondern auch Euren zweiten Bundesratssitz verlieren!" So viel Sturheit habe ich selten erlebt. Ein Totalabsturz des Rüstungsprogramms wird in Kauf genommen – nur weil man durchzwängen will, dass der Verteidigungsminister auf den Einsatz von Schweizer Truppen im Ausland verzichten soll. Dass dies gegen den klaren Volkswillen geschehen würde, lässt die "Volkspartei" kalt. Zum dritten Mal schafft das Flugzeug die Hürde im Nationalrat nicht.

Die Einigungskonferenz (paritätische Besetzung National- und Ständerat) hält an der Vorlage fest. Schliesslich klatschen die Grünen: Die SVP hat ihnen ermöglicht, das Rüstungsprogramm zu Fall zu bringen. Später begegne ich im Gang dem Berner SVP-Ständerat Hans Lauri. Er schüttelt wie ich den Kopf über diese Engstirnigkeit: „Wer kann diese Leute noch bremsen?“ Hardliner sagen abschätzig sogar gegenüber den Medien, sie hätten schliesslich Samuel Schmid nicht zum Bundesrat gewählt... Müssen sie über die eigenen Beine stolpern?

EVP-Entscheide

- Motion Mörgeli, Strassenverkehr. Toleranzwert von 5 statt 3 km/h Dank unseren Stimmen wird die Motion mit 66:67 versenkt. Die SVP stellt tags darauf um acht Uhr einen Rückkommens-Antrag und gewinnt...

- 87:84 lautet das Resultat über die Verlängerung der Behandlungsfrist für die Initiative für fairere Kinderzulagen.

- 79:77 für die Standesinitiativen SO und LU betreffend Kinderzulagen. Auch diesen Entscheid machen die Rechtsbürgerlichen später mit der Forderung nach zwei Abstimmungen bei hoher Fraktions-Präsenz und sonst gelichteten Reihen rückgängig.

- 95:93 lautet der Entscheid für die Mindesthöhe der harmonisierten Kinderzulagen. Ein Dorn in den Augen der Arbeitgeber. Und die Hürde des Ständerats ist noch zu nehmen.

Neue Vorstösse

Mit einem Postulat ersuche ich den Bundesrat, eine kohärente Regelung bezüglich der **persönlichen Ausrüstung von Zivilschutzleistenden** vorzulegen. Das könnte durch Anpassung der Materialliste, durch Ergänzung der Verordnung oder mittels einer Gesetzesänderung zu bewerkstelligen sein.

Ein weiteres Postulat für eine **nationale Werte-Diskussion** fordert den Bundesrat auf, Werte zu definieren, die unserer Gesellschaft Sinn, Zusammenhalt und Zukunftsperspektiven bieten. Über das Resultat soll eine breite öffentliche Diskussion stattfinden. Aus meiner Begründung: Aus ganz verschiedenen Quellen wird der Ruf nach gemeinsamen Werten laut. Unsere Jugend fragt nach gültigen Normen. Zugewanderte brauchen Orientierung, damit sie sich integrieren und trotzdem ihre Identität bewahren können. Allgemein anerkannte Werte fördern das Zusammenleben in der Gesellschaft und ethisches Handeln in Wirtschaft und Forschung. Sie erleichtern die Arbeit der Verwaltung, entlasten die Gesetzgebung und schützen vor Radikalisierung.



Nicht trankandiert, aber in aller Munde: SWISS-Verkauf!

Am 14. März steht der Luftfahrtsbericht des Bundesrates auf Traktanden. Weil er nicht rechtzeitig zum Versand kam, erwirken die Grünen, dass er erst in der Sommersession behandelt wird. Das ist eigentlich gut so. Denn aufgrund der aktuellen Lage hätte es anstelle der Behandlung von Grundsatzfragen eine endlose SWISS-Debatte gegeben.

Es tut mir im Herzen weh, dass die SWISS förmlich verschenkt werden soll. Milliarden, die vom Steuerzahler und von der Wirtschaft geleistet wurden, müssen abgeschrieben werden. Ich hätte mir vorgestellt, dass diese Investitionen einmal ihre Früchte tragen und dass die Leistungen irgendwann zurück kommen. Jetzt ist der nationale Carrier, der einst andere aufgekauft hat, selber zum Jagdobjekt geworden. Zusätzliche öffentliche Mittel sind tabu – also bleibt nur die Übernahme durch einen überlebensstarken Konzern: "Man muss heiraten, wenn der Bräutigam vor der Tür steht." Die Politik kapituliert einmal mehr vor der Wirtschaft (die sich einst rühmte, alles besser als der Staat zu machen).

Ständerat verabschiedet Asyl- und Ausländergesetz

Einige Ungereimtheiten im Prozedere, aber scheinbar eine geschlossene Haltung des Ständerates für einen scharfen nationalistischen Kurs. Mitte April wird sich die SPK des Nationalrats mit dem Ergebnis befassen. Für mich geht das Ergebnis an die Grenze der Menschenwürde. Ich will vom EJPD mehr als nur ein scharfes Gesetz. Wir brauchen eine Lösung in der Frage der Sans Papiers. Es muss etwas gehen bei Personenkontrollen und Rückführungen. Und wir brauchen eine Antwort auf die Völkerwanderung aus Armutsgründen.



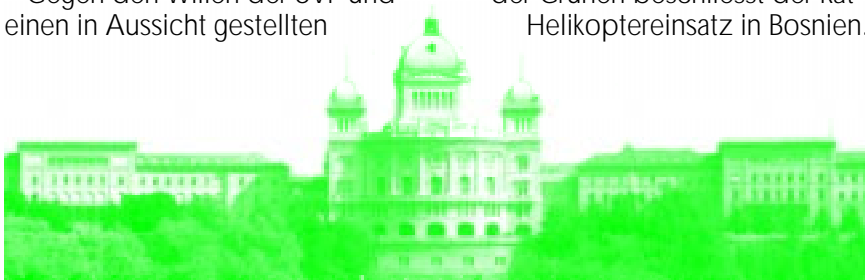
Ornament am Berner Ständeratssessel

Sonst noch wichtig:

- Ohne Gegenstimmen passieren Gesetz und Verordnung über den Aufbau des Bundesverwaltungsgerichts in St. Gallen, die Verordnung über die Richterstellen und Teile der Justizreform.
- Die Revision des Krankenversicherungsgesetzes mit differenzierten Prämienermässigungen für Kinder und

Jugendliche wird mit 124:24 Stimmen gutgeheissen.

- Noch nicht behandelt wurde die Parlamentarische Initiative Gutzwiller für die Präimplantationsdiagnostik. Dieses Lebensrechts-Anliegen wird uns in der nächsten Session beschäftigen.
- Als Erstrat behandelt der NR das Finanzhaushaltsgesetz mit dem neuen, der Wirtschaft angeglichenen Rechnungsmodell.
- Gegen den Willen der SVP und der Grünen beschliesst der Rat einen in Aussicht gestellten Helikoptereinsatz in Bosnien.



Walter Donzé, Nationalrat EVP, Grassiweg 34, 3714 Frutigen
Tel. P 033 671 29 59, G 033 672 50 10, Mail: walter.donze@parl.ch

Ein Besuch im Bundeshaus ist während der Sessionen möglich. Gruppen melden sich bitte frühzeitig bei mir. Gewünschtes Datum, Bezeichnung der Gruppe (zB Schulklasse, EVP-Ortsgruppe, Verein) und Anzahl Personen angeben. So kann ich die Tribüne (normalerweise 1 Stunde) und ein Zimmer für den persönlichen Austausch reservieren.

Wenn ich nicht gerade als Fraktions-sprecher im Einsatz stehe oder ein Vorstoss zu begründen ist, nehme ich mir gerne Zeit für Sie. Für eine anschließende Führung durchs Bundeshaus stehen Gästebetreuerinnen zur Verfügung.

Ein Gang durch die Wandelhalle ist nur mit einzelnen Personen möglich. Bitte an der Loge nach mir fragen oder ein-/zwei Tage im voraus bei mir anmelden.

Ich habe meine persönliche Website aktualisiert. Schauen Sie mal herein: www.wdonze.ch



Sicherheit – mit und ohne Armee

In Frutigen habe ich einen Vortrag gehalten, in welchem ich die aktuellen Bedrohungen und die Konzepte von Armee und Bevölkerungsschutz XXI vorstelle. PowerPoint-Präsentation, Zeitbedarf 3/4 bis eine Stunde. Als Mitglied der Sicherheitskommission NR bin ich gerne bereit, mit diesem Vortrag auch anderswo zu dienen.

Nächste Sessionen:

30. Mai bis 17. Juni 2005
19. September bis 7. Oktober 2005

So erreichen Sie mich im Bundeshaus:

per Fax 031 322 78 04
per Telefon 031 322 99 11
(Telefon ist weniger geeignet, da ich nicht immer abkömmlich bin. Sie können eine Nachricht hinterlassen – ich rufe zurück, sobald ich frei bin.